



Andrea Lindholz
Mitglied des Deutschen Bundestages

Andrea Lindholz, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn
Reiko Beil
Österreicher Straße 16

01279 Dresden

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 – 77400
Fax: 030 – 227 – 76399
E-Mail: andrea.lindholz@bundestag.de
www.lindholz.de

Berlin, den 16. Juli .2015

Betreff: Bürgeranfragen

Sehr geehrter Herr Beil,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage. Aufgrund zahlreicher Verpflichtungen in meinem Wahlkreis und meinen drei Fachausschüssen im Bundestag komme ich erst heute dazu Ihnen zu antworten. Dafür bitte ich um Verständnis. Grundsätzlich ist mir die Kommunikation mit den Bürgern sehr wichtig und nimmt einen Großteil meiner Arbeitszeit ein.

Der Vorschlag von Herrn Prof. Dr. Patzelt scheint auf den ersten Blick interessant zu sein. Direkte Bürgerbeteiligung kann sicherlich ein probates Mittel sein, um Interesse an demokratischer Politik zu wecken. Insbesondere auf kommunaler Ebene bin ich daher sehr offen für Ideen, um Bürger direkter an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Allerdings bin ich skeptisch gegenüber den langfristigen Auswirkungen einer solchen direkten Mitbestimmung auf Bundesebene. Damit würde man unser System der repräsentativen Demokratie im Wesenskern verändern. Gesetzgebungsprozesse auf Bundesebene sind mitunter hochkomplex. Einfache Ja-Nein-Antworten sind deshalb oft gar nicht möglich. Beispielsweise weil Europarecht, Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes oder des Europäischen Gerichtshofes berücksichtigt werden müssen. Zudem kann die Abschaffung eines bestimmten Gesetzes Regelungslücken in unser Rechtssystem reißen, die dann ggf.

schwer zu schließen sind. Gleichzeitig würde das deutsche Rechtssystem wohl deutlich unberechenbarer. Dabei ist gerade die hohe Planungs- und Rechtssicherheit in Deutschland ein wichtiger Standortvorteil.

Als Abgeordnete sollten wir die Bevölkerung von Beginn an bei den Gesetzgebungsprozessen mitnehmen, indem wir darüber öffentlich informieren und diskutieren. Der Vorschlag von Prof. Patzelt würde eine Beteiligung erst nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens ermöglichen. Damit würde unser politisches System womöglich deutlich ineffizienter. Vor allem aber würde durch solche Volksentscheide der Einfluss von Populisten und finanzstarken Meinungsmachern auf unseren demokratischen Rechtsstaat massiv ausgeweitet.

Volksentscheide führen auch nicht automatisch zu einer höheren Wahlbeteiligung. In der Schweiz nimmt beispielsweise an vielen Volksentscheiden nicht einmal die Hälfte aller Stimmberechtigten teil. Ihre Legitimation von Entscheidungen, die nur ein Bruchteil der Wahlberechtigten mitträgt, ist zumindest fraglich. Daher wäre meiner Ansicht nach nicht nur ein Eingangsquorum, sondern auch ein entsprechend hohes Beteiligungsquorum unbedingt erforderlich, um die demokratische Legitimation sicherzustellen. Schon die relativ niedrige Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 von 71,5 Prozent wurde ja nicht zu Unrecht als Warnsignal interpretiert.

In unserer modernen und hochkomplexen Welt halte ich ein arbeitsteiliges Vorgehen gerade auch in der Politik für unabdingbar. Alle Fraktionen im Bundestag verteilen die unterschiedlichen Politikbereiche auf verschiedene Abgeordnete, weil es schlichtweg unmöglich ist, als einzelne(r) Abgeordnete(r) sämtliche Themen fundiert zu beurteilen. Vor diesem Hintergrund halte ich unsere repräsentative Demokratie nicht nur für ein effektives, sondern auch legitimes System, dass sich sehr bewährt hat.

Mit freundlichen Grüßen


Andrea Lindholz, MdB